

Gemeinsame Presseinformation von BDEW und DVGW

DVGW und BDEW fordern von der EU-Kommission mehr Verantwortung für Hersteller zur Eindämmung von PFAS-Einträgen ins Wasser

PFAS stoppen – Jetzt handeln: Für eine europäische Strategie und die Umsetzung des Verursacherprinzips

PFAS sind weltweit in Luft, Wasser, Böden und in der Nahrungskette nachweisbar. Der Eintrag dieser problematischen Substanzen in die Umwelt bedeutet für die Wasserversorgung eine enorme Herausforderung. Sie kann nur im Schulterschluss bewältigt werden.

Die Entfernung von PFAS aus den Rohwasserressourcen ist technisch hochkomplex, ressourcenintensiv und verursacht erhebliche Kosten. Hinzu kommt die Entsorgung großer Mengen PFAS-belasteter Rückstände, für die es derzeit keine praktikablen Lösungen gibt. In der Folge könnten deutlich steigende Wasserpreise, wie das Beispiel der Stadtwerke Rastatt zeigt, die Verbraucher belasten. Vor diesem Hintergrund fordern der **Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)** und der **Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)** europaweite, gezielte Maßnahmen zur Eindämmung von PFAS-Emissionen. „PFAS sind eine unsichtbare Gefahr für unsere Gesundheit und unsere Wasserressourcen. Wir brauchen jetzt eine europäische Strategie, die das Verursacherprinzip durchsetzt – damit nicht die Verbraucher, sondern die Hersteller für die Kosten aufkommen“, betonen **Dr. Wolf Merkel, Vorstand Wasser des DVGW** und **Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser**. Beide Verbände adressieren anlässlich eines parlamentarischen Abends in Brüssel einen eindringlichen Appell an die EU-Kommission.

Zu begrüßen sind aus Sicht von DVGW und BDEW die bereits eingeleiteten Schritte. Dazu zählen insbesondere die Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit und der Vorschlag zur universellen PFAS-Beschränkung (UPFAS) im Rahmen der REACH-Verordnung. Ein schrittweiser, technologiebasierter Ausstieg aus PFAS mit Übergangsfristen sei eine pragmatische Strategie, die zukünftige Schadeinträge verhindere, so die Verbände.

Wesentlich ist, dass der Hauptaufnahmepfad von PFAS für den Menschen die Nahrung darstellt. Die Aufnahme von PFAS über die Nahrungsmittel überschreitet die Aufnahme durch Trinkwasser um ein Vielfaches. Dies bestätigt ein [wissenschaftliches Gutachten des Hygieneinstituts des Uniklinikum Bonn](#).

Um jedoch die umfangreichen Altlasten und die damit verbundenen toxiologischen Risiken zu bewältigen, ist ein ebenso robustes Vorgehen erforderlich, das die erheblichen PFAS-bedingten Sanierungskosten abdeckt.

DVGW und BDEW fordern die Europäische Kommission daher auf, einen strukturierten Prozess mit allen relevanten Akteuren einzuleiten, um das Verursacherprinzip konsequent umzusetzen.

Den Appell „European PFAS Strategy and Dialogue Process“ (in englischer Sprache) finden Sie hier:

<https://www.dvgw.de/medien/dvgw/verein/presse/gempi-dvgw-bdew-pfas-eu-appell.pdf>

Pressekontakte:

DVGW

Sabine Wächter
Pressesprecherin
Telefon: +49 228 9188-609
Mobil: +49 172 4698260
E-Mail: sabine.waechter@dvgw.de

BDEW

Julia Weber
Stellvertretende Pressesprecherin
Telefon: +49 30 300199-1174
E-Mail: julia.weber@bdew.de

Über die Verbände:

Der **Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)** fördert das Gas- und Wasserfach mit den Schwerpunkten Sicherheit, Hygiene und Umweltschutz. Mit seinen rund 14.000 Mitgliedern erarbeitet der DVGW die allgemein anerkannten Regeln der Technik für Gas und Wasser. Klimaneutrale Gase und insbesondere der Zukunftsenergieträger Wasserstoff sind in der Arbeit des DVGW von besonderer Bedeutung. Der Verein initiiert und fördert Forschungsvorhaben und schult zum gesamten Themenspektrum des Gas- und Wasserfaches. Darüber hinaus unterhält er ein Prüf- und Zertifizierungswesen für Produkte, Personen sowie Unternehmen. Die technischen Regeln des DVGW bilden das Fundament für die technische Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der Gas- und Wasserwirtschaft in Deutschland. Sie sind der Garant für eine sichere Gas- und Wasserversorgung auf international höchstem Standard. Der gemeinnützige Verein wurde 1859 in Frankfurt am Main gegründet. Der DVGW ist wirtschaftlich unabhängig und politisch neutral. Mit neun Landesgruppen und 62 Bezirksgruppen agiert der DVGW auf lokaler sowie überregionaler Ebene und ist in der ganzen Bundesrepublik vertreten. Themen mit bundesweiter oder europäischer Dimension werden durch die Hauptgeschäftsstelle in Bonn mit Büros in Berlin und Brüssel abgedeckt.

Der **Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)** und seine Landesorganisationen vertreten mehr als 2.000 Unternehmen. Das Spektrum der Mitglieder reicht von lokalen und kommunalen über regionale bis hin zu überregionalen Unternehmen. Sie repräsentieren rund 90 Prozent des Strom- und gut 60 Prozent des Nah- und Fernwärmeabsatzes, 90 Prozent des Erdgasabsatzes, über 95 Prozent der Energienetze sowie 80 Prozent der Trinkwasser-Förderung und rund ein Drittel der Abwasser-Entsorgung in Deutschland.